

ZUR PERSON



Nach der historischen Wahl-niederlage der CDU in Baden-Württemberg gerät der Spitzenkandidat, Fraktionschef **Guido Wolf**, in den eigenen Reihen zunehmend unter Druck. Neben Rücktrittsforderungen gibt es in der Partei auch Widerstand gegen Wolfs Ankündigung, die CDU als Verhandlungsführer in möglichen Koalitionsgesprächen mit dem Wahlsieger Grüne unter Ministerpräsident Winfried Kretschmann zu vertreten. Der Landeschef der CDU Sozialausschüsse, Christian Bäumler, zeigte sich irritiert von Wolfs Ankündigung. „Niemand hat Guido Wolf zum Verhandlungsführer ernannt“, sagte Bäumler der Deutschen Presse-Agentur. „Der CDU Landesvorstand hat eine Sondierungskommission berufen, der Wolf angehört und die vom CDU-Landesvorsitzenden Thomas Strobl geleitet wird.“ Die CDU will morgen in ihrer Landtagsfraktion und im Landesvorstand darüber diskutieren, ob es Sinn macht, mit den Grünen zu sprechen. (dpa)

KURZ NOTIERT

Gabriel und Schäuble einig über Etat-Eckpunkte

Berlin. Die SPD feiert die von ihr durchgesetzte Aufstockung des Bundeshaushalts 2017 um mehr als fünf Milliarden Euro als Erfolg. „Das ist der Einstieg in das Solidarprojekt der SPD“, erklärte Generalsekretärin Katarina Barley. Zuvor hatten sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) über die Eckpunkte des Etats und der mittelfristigen Finanzplanung verständigt. (afp)

Grüne in Mainz gehen auf SPD und FDP zu

Kaiserslautern. Die Grünen in Rheinland-Pfalz setzen nach ihrer schweren Wahl-niederlage auf eine Ampelkoalition mit SPD und FDP. Die Aufnahme von Verhandlungen für eine Dreierkoalition wurde am Wochenende auf einem kleinen Parteitag der Grünen bei einer Gegenstimme angenommen. Die ersten Gespräche mit SPD und FDP seien konstruktiv genug verlaufen, hieß es. Zuvor hatten die Grünen-Spitzenleute, die Wirtschaftsministerin Eveline Lemke und Fraktionschef Daniel Köbler, ihre Rücktritte angekündigt. (dpa)

KONTAKT

AZ-Politik-Redaktion:
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Tel.: 0241/5101-393
Fax: 0241/5101-360
az-politik@zeitungsverlag-aachen.de

IMPRESSUM

Aachener Zeitung

Als Aachener Volkszeitung 1946 gegründet von Jakob Schmitz, Dr. Josef Hofmann, Dr. Albert Maas und Johannes Ernst.
Ausgaben:
Aachener Zeitung, Aachener Zeitung - Nordkreis, Eifeler Zeitung, Stolberger Zeitung, Eschweiler Zeitung, Geilenkirchener Zeitung, Heinsberger Zeitung, Dürener Zeitung, Jülicher Zeitung, Herausgeber: Aachener Verlagsgesellschaft mbH, Chefredakteur: Bernd Mathieu, Stellv. Chefredakteure: Erich Behrendt, Thomas Thelen, Chef vom Dienst: Amien Idris, Verantwortliche Redakteure: Georg Müller-Sieczak, Anja Clemens-Smicek (Newsdesk), Peter Pappert (Politik), Hermann-Josef Delonge (Wirtschaft/Kultur), Claudia Schweda (Region/Lokales), Maria Enders (Karlo Clever/Freizeitseite), Christoph Pauli (Sport), Andreas Herkens (Magazin).
Lokalredaktionen: siehe Lokalteil.
Verlag: Zeitungsverlag Aachen GmbH, Geschäftsführung: Andreas Müller, Postfach 500 110, 52085 Aachen, Dresdener Str. 3, 52068 Aachen.
Anzeigen: Jürgen Carduck (komm.), Druck: Euregio Druck GmbH, Dresdener Str. 3, 52068 Aachen.
Bei Nichtlieferung der Zeitung ohne Schuld des Verlages – etwa in Fällen höherer Gewalt oder durch Störung des Arbeitsfriedens – entsteht kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 39 vom 1. Januar 2016. Der Bezug der Zeitung kann nur schriftlich jeweils zum Ende des nachfolgenden Monats gekündigt werden. Im Abonnements- und Einzelverkaufspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Für die Herstellung der Aachener Zeitung und ihrer Heimatzeitungen wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Abdeslam plante wohl auch einen Anschlag in Brüssel

Der Anwalt des in Belgien gefassten Islamisten will die Auslieferung seines Mandanten nach Frankreich verhindern

Brüssel. Der mutmaßliche Mittäter der Pariser Anschläge, Salah Abdeslam, hatte offenbar auch einen Anschlag in Brüssel geplant. Abdeslam habe in ersten Vernehmungen am Samstag ausgesagt, er sei „bereit“ gewesen, „etwas in Brüssel zu tun“, sagte der belgische Außenminister Didier Reynders gestern.

Zuvor hatte die französische Staatsanwaltschaft Erkenntnisse zu Abdeslam „zentraler Rolle“ bei den Pariser Attentaten vom 13. November bekanntgegeben. Reynders bestätigte Angaben des Pariser Staatsanwalts François Molins zu

den Befragungen Abdeslams durch belgische Ermittler. Der 26-Jährige habe unter anderem ausgesagt, dass er vorgehabt habe, sich beim Länderspiel Deutschland gegen Frankreich im Fußballstadion Stade de France in die Luft zu sprengen. In der letzten Minute habe er es sich aber anders überlegt, sagte Molins am Samstag. Reynders äußerte sich bei einer Veranstaltung der US-Stiftung German Marshall Fund in Brüssel. Die Aussage Abdeslams „könnte die Wahrheit sein, denn wir haben bei den ersten Ermittlungen viele Waffen gefunden, schwere Waffen und

ein neues Netzwerk um ihn herum in Brüssel“, sagte Reynders der Stiftung zufolge.

Abdeslams Anwalt Sven Mary will heute Klage gegen die Pariser Staatsanwaltschaft wegen der Preisgabe vertraulicher Informationen einreichen und zudem die Auslieferung seines Mandanten an Frankreich verhindern. Staatsanwalt Molins habe mit Äußerungen während seiner Pressekonferenz „das Ermittlungsgeheimnis verletzt“, sagte Mary belgischen Medien. Deshalb werde er klagen. Die französische Strafprozessordnung sieht für bestimmte Fälle Ausnah-

men vom Ermittlungsgeheimnis vor. So heißt es in Artikel 11, der Oberstaatsanwalt könne „objektive Elemente“ aus dem Verfahren öffentlich machen – ohne die Stichtätigkeit der gegen die Beschuldigten erhobenen Vorwürfe zu beurteilen.

Zudem mietete Abdeslam demnach zwei Autos, eines für die Attentäter am Stade de France und eines für das Kommando im Konzertsaal Bataclan. Zehn Tage nach den Anschlägen mit 130 Toten war im Vorort Montrouge südlich von Paris ein Sprengstoffgürtel gefunden worden. Offenbar hatte Ab-

deslam ihn dort abgelegt. Der in Belgien aufgewachsene Franzose schleuste Molins zufolge außerdem Dschihadisten nach Europa und besorgte Bombenmaterial. Am 3. Oktober war er demnach in Ulm mit einem Komplizen unterwegs, der am Freitag bei dem Einsatz in Brüssel-Molenbeek ebenfalls gefasst worden sei.

Gegen Salah Abdeslam wurde am Samstag in Brüssel offiziell ein Ermittlungsverfahren wegen Terrorvergehen eingeleitet. Anschließend wurde der Islamist in ein Hochsicherheitsgefängnis in Brügge gebracht. (afp)

Nach dem Terror Angst in Istanbul

Der Attentäter vom Samstag habe Verbindungen zur Terrormiliz IS gehabt, sagt der türkische Innenminister. Die Menschen sind verunsichert.

VON MIRJAM SCHMITT

Istanbul. Am Tag nach dem Anschlag ist es gespenstisch ruhig in Istanbul. Auf der an Sonntagen sonst brechend vollen Einkaufsstraße Istiklal sind nur vereinzelt Menschen unterwegs. Der Bezirksbürgermeister des zentralen Stadtteils Beyoglus und Mitglied der Regierungspartei AKP, Ahmet Misbah Demircan, versucht, unbekümmert zu wirken. Er lässt sich mit Anhängern bei einem Gang über die Istiklal filmen. Ein Mädchen sitzt auf seinen Schultern. In die Kameras sagt Demircan: „Wir werden unseren normalen Lebensstil weiterführen.“

Auch die Händler der Istiklal kämpfen gegen die Verunsicherung. Sie haben am Anschlagort Schilder niedergelegt mit der Aufschrift: „Wir haben keine Angst. Wir sind hier. Wir werden uns nicht (daran) gewöhnen.“ Nelken und türkische Flaggen säumen den Laden, vor dem sich der Selbstmordattentäter am Samstag in die Luft sprengte und vier Menschen mit in den Tod riss.

Dennoch bleiben die meisten Menschen an diesem Sonntag lieber zu Hause und die Touristen in

ihren Hotels. Sie haben eben doch Angst nach dem inzwischen fünften Terroranschlag innerhalb eines halben Jahres in den zwei Metropolregionen Istanbul und Ankara.

Der türkische Innenminister Evran Ala erklärte gestern, der Attentäter habe Verbindungen zur Terrormiliz IS gehabt. Schon im Januar hatte sich ein IS-Attentäter – so die Annahme der Regierung – in Istanbul in einer deutschen Reisegruppe in die Luft gesprengt und zwölf Deutsche mit in den Tod gerissen. Beim jetzigen Anschlag starben drei Israelis. Zehn Israelis sind auch unter den 39 Verletzten. Israels Regierungschef Benjamin Netanyahu sagte, es sei noch unklar, ob der Anschlag auf israelische Touristen abzielte.

Die Getöteten und Verletzten Israels waren Teil einer Reisegruppe. Kurz vor dem tödlichen Anschlag machten sie noch ein Gruppenfoto, auf dem sie sorglos lächelnd zu sehen sind. Ein verletzter Israeli, dessen 60-jährige Frau bei dem Anschlag starb, erzählte der israelischen Nachrichtenagentur „ynet“: „Ich wollte gerade ein Foto machen, als ich plötzlich eine schreckliche Explosion hörte, alles flog durch die Luft. Ich konnte

Gauck soll in China nicht schweigen

Appelle von Menschenrechtlern zum Beginn des Besuchs in Peking

Peking. Menschenrechtler haben Bundespräsident Joachim Gauck aufgerufen, sich bei seinem Staatsbesuch in China für verfolgte Bürgerrechtler und Anwälte einzusetzen. „Die internationale Gemeinschaft sollte nicht schweigen“, sagte der bekannte Menschenrechtsanwalt Mo Shaoping der Deutschen Presse-Agentur in Peking. „Schweigen ist Duldung.“

Auch der Anwalt Shang Baojun sagte, er hoffe, dass Gauck die Verfolgung ansprechen werde. „Es ist sehr wichtig für diejenigen, die im Gefängnis sitzen.“

Gauck traf gestern in Peking ein. Heute wird er sich mit Staats- und Parteichef Xi Jinping und Regierungschef Li Keqiang treffen. Der Besuch gilt als eine der wichtigsten Auslandsreisen des Bundespräsi-



Am Tag nach dem Attentat: Die Straßenbahn fährt in Istanbul über die sonst so belebte und nun fast menschenleere Einkaufsstraße Istiklal, auf der der Selbstmordattentäter zugeschlagen hatte. Foto: dpa

meine Frau nicht mehr sehen.“ Der Attentäter habe sich in etwa vier Metern Entfernung in die Luft gesprengt.

Der 1992 geborene Attentäter Mehmet Ö. stammt nach Regierungsangaben aus dem südtürkischen Gaziantep. Türkische Medien berichten außerdem, dass die Eltern ihren Sohn vor rund drei Jahren vermisst gemeldet hätten und Ö. sich in Syrien dem IS ange-

schlossen hatte. Ö. war jedoch nicht zur Fahndung ausgeschrieben, wie Innenminister Ala weiter erklärte.

Fünf Verdächtige seien im Zusammenhang mit dem Anschlag festgenommen worden, und es werde weiter ermittelt, sagte er. Es sind die üblichen Beteuerungen der türkischen Regierung; verhindern konnten die Behörden auch diesen Anschlag nicht. Dabei ist

spätestens seit dem verheerenden Anschlag in Ankara im Oktober mit über 100 Toten klar, dass sich auch Türken radikalisieren und dem IS in Syrien anschließen.

Gestern Abend wurde in Istanbul das wichtige Fußballspiel zwischen den Clubs Galatasaray und Fenerbahce weniger als zwei Stunden vor Beginn des Spiels wegen einer „ernsten“ Gefahr abgesagt und verschoben.

Harter Schlag für Cameron

Sozialminister tritt zurück und stimmt für „Brexit“

London. Tiefschlag für Premier David Cameron: Drei Monate vor dem EU-Referendum ist der britische Arbeits- und Pensionsminister Iain Duncan Smith zurückgetreten. Der frühere konservative Parteichef und „Brexit“-Befürworter sagte gestern, er habe aus Protest gegen geplante Sozialkürzungen das Handtuch geworfen. Dagegen meinen Kritiker, in Wirklich-

keit gehe es um das EU-Referendum Ende Juni. „Es geht um die EU. Er hat einen Grund gesucht, zu gehen“, sagte Baroness Rosalind Miriam Altmann, eine Mitarbeiterin aus Smiths Ministerium. Der Sender BBC sprach von einem harten Schlag für Cameron, der ohnehin vor dem EU-Referendum gegen Widerstand in den eigenen Reihen zu kämpfen hat. (dpa)

NACHGEFRAGT

Warum sind Frauen so oft Opfer von Gewalt? Was ist dagegen zu tun?



► MONIKA HAUSER

Gründerin und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Frauenrechtsorganisation Medica mondiale

Aachen. Der ewige Kreislauf der Gewalt trifft Frauen und Mädchen in besonderer Weise. Sie werden immer wieder Opfer von sexuellen Übergriffen – überall auf der Erde. „Aber da brauchen wir nicht arrogant in die Welt schauen. Das gibt es auch bei uns“, sagt **Monika Hauser**, Gründerin der weltweit agierenden Frauenrechts- und Hilfsorganisation Medica mondiale. Der am vorigen Mittwoch vom Bundeskabinett gebilligte Gesetzentwurf für ein verschärftes Sexualstrafrecht geht ihr nicht weit genug. Unsere Mitarbeiterin **Rauke Xenia Bornefeld** sprach mit ihr.

Warum sind Frauen überall auf der Welt sexualisierter Gewalt ausgesetzt? Ist es eine Frage von Religion, Kultur oder Erziehung?

Hauser: Wir erleben sexualisierte Gewalt in allen Religionen und Kulturen. Ursache ist die patriarchale Unkultur weltweit, die dem Mächtigwerden von Männern dienen soll – unabhängig von Ethnien, Kulturen und Religionen. Dabei dürfen wir nicht arrogant in die Welt schauen. Das gibt es auch bei uns. Erst 1997 wurde Vergewaltigung in der Ehe in Deutschland unter Strafe gestellt. Die geplanten Nachbesserungen des Paragrafen 177 (Strafverfolgung von sexueller Nötigung und Vergewaltigung), die Justizminister Heiko Maas vorgeschlagen hat, sind nicht ausreichend. Denn da geht es immer noch darum, ob und wie sich eine Frau gewehrt hat; ein Nein wird immer noch nicht als Nein gewertet!

Was kann man sexualisierter Gewalt entgegenzusetzen?

Hauser: Gesellschaftliche Aufklärung und die Beendigung der juristischen Straflosigkeit. Frauen müssen ihre Rechte kennen. In Afghanistan zum Beispiel gibt es seit

2009 ein Antigewaltgesetz. Seitdem ist es dort nicht mehr „normal“, dass Frauen von ihren Männern halbtot geschlagen oder dass zehnjährige Mädchen zwangsverheiratet werden. Das Wissen darum muss aber in der Gesellschaft noch weiter verankert werden. Männer müssen wissen, was sie mit dieser Gewalt anrichten. Die Folgen der traumatischen Erfahrungen beeinträchtigen das Leben der Frauen nachhaltig und werden weitergegeben an die nächste Generation. Das sehen wir zum Beispiel an den deutschen Frauen, die während des Zweiten Weltkriegs Opfer sexualisierter Gewalt wurden und nie darüber reden konnten.

Zurzeit sind sehr viele Frauen auf der Flucht. Wie gefährdet sind sie?

Hauser: Wir haben dazu noch keine Zahlen, aber viele Berichte. Frauen auf der Flucht werden immer wieder vergewaltigt und erleben Übergriffe – von Schleusern, die sich so von den Frauen bezahlen lassen, von ebenfalls auf der

Flucht befindlichen Männern, von lokalen Ordnungskräften.

Hat das zumindest ein Ende, wenn sie dann in Deutschland sind?

Hauser: Nein, die sexuelle Ausbeutung geht hier weiter. Es gibt Hausmeister, die sich vermeintliche „Gefälligkeiten“ mit sexuellen Diensten „bezahlen“ lassen, aber auch Sicherheitspersonal, Bewohner der Heime. Frauen sind hier permanent gefährdet. Auch weil immer noch nicht die einfachsten Standards in den Unterbringungen gelten: abschließbare Sanitäreinrichtungen, geschlechtergetrennte oder familienbezogene Schlafräume, Toiletten ohne lange Wege. Eine Mutter erzählte, dass sie keine Nacht richtig schlafen kann, weil der Mitbewohner ihres Zimmers immer ihre Tochter anstarrt. Andere trauen sich nachts nicht auf die Toilette, weil sie Übergriffe fürchten.

Reichen räumliche Änderungen?

Hauser: Nein, aber sie sind eine wichtige Grundlage! Dann brau-

chen wir vor allem eine klare Haltung der Haus- oder Campleitung: Wir akzeptieren keine Gewalt! Das muss allen klar gemacht werden. Diese präventive Haltung vermisst ich leider oft.

Wie kann Frauen, die sexualisierte Gewalt erlebt haben, geholfen werden? Und wie nachhaltig ist das?

Hauser: Einerseits ist ein individueller, ganzheitlicher Ansatz wichtig. In welcher sozialen Situation ist die Frau? Welche Unterstützung braucht sie – medizinisch, ökonomisch, juristisch, psychologisch? Andererseits muss gesellschaftliche Aufklärung erfolgen, denn Frauen werden nach einer Vergewaltigung oftmals stigmatisiert. Aber nicht sie sind schuld! Wir wollen auch den Kreislauf der Gewalt durchbrechen. Stärken wir die Frauen in Afghanistan und ermutigen wir sie zu einer gewaltfreien Erziehung ihrer Kinder, werden auch ihre Söhne keine gewalttätigen Ehemänner und Väter. Das ist aber eine Generationenarbeit.